



FÜR MEHR UND BESSERE BESCHÄFTIGUNG: Expansive Lohnpolitik

Spätestens seit Anfang dieses Jahres zeichnet sich ab, dass die zuletzt positive Wirtschaftsentwicklung bereits wieder beendet ist. Zwar geht auch in diesem Jahr die Zahl der Arbeitslosen noch leicht zurück – der Wendepunkt nach oben wird aber bald erreicht werden. Von Vollbeschäftigung sind wir mit der derzeitigen Wirtschaftspolitik weit entfernt. Die Ursachen für das Ende des Aufschwungs liegen in der ganz normalen konjunkturellen Entwicklung: Exporte und Investitionen sind gestiegen, die Kaufkraft der Beschäftigten konnte mit dieser Entwicklung aber nicht mithalten. Wer den Aufschwung fortsetzen will, muss daher für eine Stärkung der Löhne eintreten – im öffentlichen Dienst genauso wie in der privaten Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird üblicherweise an der Veränderung der gesamten Wirtschaftsleistung, dem so genannten Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. Das ist in den vergangenen zehn Jahren – mit Ausnahme des Jahres 2003 – in jedem Jahr gestiegen. 2003 gab es ein Minus von 0,2 Prozent, 2004 ein Plus von 1,1 Prozent, 2005 einen Zuwachs von 0,8 Prozent und in den Jahren 2006 und 2007 war dann der Aufschwung mit 2,9 und 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum da.

Zu Beginn dieses Jahres wurde für 2008 noch eine Steigerung des BIP von 1,5 bis 2,2 Prozent prognostiziert. Mittlerweile sind diese Vorhersagen jedoch nach unten korrigiert worden. Aktuell wird

mit einem Wachstum von 1,3 bis 1,8 Prozent gerechnet. Festzuhalten ist also, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren zwar weiter gestiegen und der zu verteilende Kuchen größer geworden ist. Das Wachstum wird jedoch bereits wieder geringer.

Was aber waren die Ursachen des Aufschwungs? Glaubt man den Politikerinnen und Politikern, dann waren die Reformen des vergangenen Jahrzehnts – als eine Reform die andere jagte – von maßgeblichem Einfluss: Steuerreform, Arbeitsmarktreform (Agenda 2010 und Hartz IV), Rentenreform (Riester- und Rürup-Rente), Gesundheitsreform usw. – all dies habe das Klima im Land verändert, und mit dem derzeitigen Aufschwung fahre man die Ernte der für viele schmerzhaften Reformen ein, so heißt es. Betrachtet man aber die Daten, die das Statistische Bundesamt liefert, liegen ganz andere Schlüsse nahe. Demnach spielen die Reformen nämlich eine eher geringe Rolle für die vorübergehend positive wirtschaftliche Entwicklung.

Die Zahlen der Behörde geben Klarheit: Von den vier Bestandteilen des BIP (privater Konsum, staatlicher Konsum, Investitionen der Unternehmen und Exportüberschüsse) sind allein die beiden letztgenannten nennenswert gestiegen (vgl. Abbildung). Ohne mehr Investitionen und ohne die seit

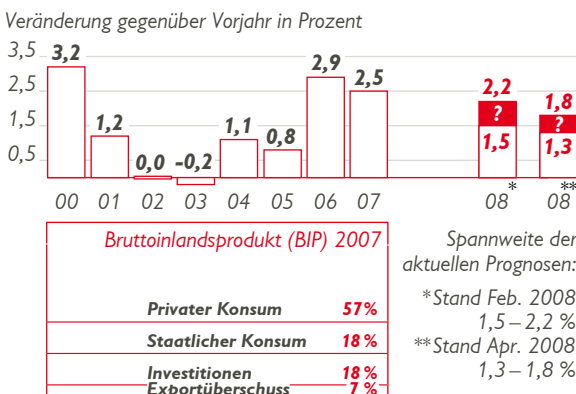
etlichen Jahren steigenden Exportüberschüsse gäbe es den Aufschwung nicht.

Wer sich die einzelnen Wachstumskomponenten des BIP näher ansieht und sich an die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre erinnert, erkennt rasch, dass der Aufschwung schneller wieder vorbei ist, als er begonnen hat. Dazu muss man wissen, dass der private Konsum derzeit etwa 57 Prozent des gesamten BIP ausmacht, der staatliche Konsum sowie die Investitionen jeweils 18 Prozent und der Exportüberschuss mittlerweile sieben Prozent. Wenn allein die letzten beiden Komponenten wachsen (die aber nur ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung ausmachen), die ersten beiden aber kaum, ist klar, dass dieses schiefe Wachstum nicht von Dauer sein kann. Für ein beständiges Wachstum müsste mindestens noch der private Konsum anziehen.

Exportorientierung – der falsche Weg

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland setzt jedoch fast ausschließlich auf eine Steigerung der Exporte. Mit dem Argument, der Standort Deutschland müsse zum Zwecke des Mithaltens in der Globalisierung gestärkt werden, wird seit Jahren massiver Druck auf die Löhne in allen Wirtschaftsbereichen ausgeübt. Das ist eine zweischneidige Angelegenheit: Bei den Exporten ist dieses Vorgehen von Erfolg gekrönt – die Lohnstückkosten sind wettbewerbsfähig wie nie zuvor –, doch der private Konsum wird ebenfalls gedrückt. Wenn die Exportüberschüsse weiter positiv zum BIP beitragen sollen, müssen sie auch weiter wachsen. Steigende Überschüsse liegen aber nicht im Interesse der deut-

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Angaben für 2008 berücksichtigen Prognosen von IMK, Gemeinschaftsdiagnose und Jahreswirtschaftsbericht.

schen Handelspartner. Auf Dauer kann diese Strategie also gar nicht gut gehen – die Überschüsse des einen sind schließlich die Defizite des anderen –, und auf Dauer sollte das auch nicht angestrebt werden. Eine derartige Exportfixierung mit all ihren negativen Folgen für die schwachen Löhne gibt es auch nur in Deutschland.

Deutschland setzen? Den Unternehmensleitungen ist bekannt, wie es um die inländische Kaufkraft ihrer potenziellen Kundinnen und Kunden steht. Natürlich wachsen einzelne Unternehmen und setzen auch mehr ab. Doch wenn die inländische Nachfrage stagniert, wächst ein Bereich, während ein anderer schrumpft.

Die Produkte werden von den Löhnen bezahlt, die für ihre Herstellung aufgewendet werden.

Höhere Löhne sind der Motor für wirtschaftliche Aktivitäten – zumindest in der heutigen Zeit von Arbeitslosigkeit und Kapazitätsreserven der Unternehmen. Aus Unternehmenssicht ist das zunächst – und kurzfristig betrachtet – fatal. Höhere Löhne bedeuten höhere Kosten, und höhere Kosten sind gleichzeitig geringere Gewinne. Geringere Gewinne heißt aber nicht: keine Gewinne. Und höhere Löhne bedeuten im Wesentlichen eine größere Nachfrage – und damit eine Ausweitung der Produktion der Unternehmen.

Ein einzelnes Unternehmen mag schlechter gestellt sein, wenn seine Beschäftigten mehr Geld verdienen. Wenn die höheren Löhne aber durch Tarifverträge ausgehandelt sind und alle Unternehmen im Tarifverbund diese Löhne zahlen, ändert sich an der relativen Position der Unternehmen bezogen auf ihre Wettbewerber nichts. Wenn ein einzelnes Unternehmen ausschert und seinen Beschäftigten weniger als die Wettbewerber zahlt (also Tarifflicht begeht), dann wird es vermutlich erfolgreicher sein – und die Wettbewerber mit den höheren Löhnen werden nicht mithalten können.

Wenn aber insgesamt die Löhne unter Druck geraten, werden die Unternehmen auch weniger absetzen können, weniger produzieren und weniger investieren. Lohnsenkungen bringen einem einzelnen Unternehmen etwas – aber nicht der Gesamtheit der Unternehmen. Eine Maßnahme, die für ein einzelnes Unternehmen vorteilhaft ist, kann sich als Nachteil erweisen, wenn sie von vielen ergriffen wird: Hier unterscheiden sich betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Logik ganz erheblich voneinander.

Tarifverträge haben also nicht nur Vorteile für die Beschäftigten, sondern auch für die Unternehmen. Der Wettbewerb untereinander kann dann eben nicht über

Investitionsorientierung – zyklische Entwicklung wie immer

Dass Unternehmen mal mehr und mal weniger investieren, ist etwas in der Wirtschaftswissenschaft Altbekanntes: Seit über 200 Jahren beobachtet man die so genannten Konjunkturzyklen. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft in Wellenbewegungen, und insbesondere Investitionen schwanken sehr stark. Die in Deutschland beobachtete Wellenbewegung zeigte in den Jahren 2006 und 2007 bei den Investitionen mit einem Plus von 6,1 und 5,0 Prozent

Staatlicher Konsum – Tendenz fallend

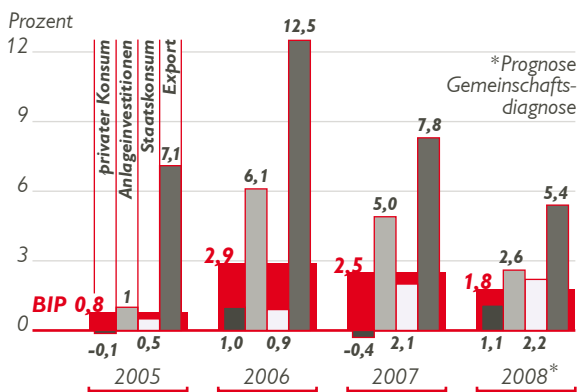
Wenn diese beiden Komponenten die Konjunktur in Zukunft nicht retten werden – die Exporte können nicht ewig weiter wachsen, und die Unternehmen werden wieder weniger investieren –, wer dann? Der staatliche Konsum? Das wäre eine Möglichkeit, aber die Wirtschaftspolitik der letzten beiden Jahrzehnte hatte als oberstes Credo, der Staat müsse sparen und dürfe nicht mehr ausgeben. Sowohl die Belastung mit Steuern und Abgaben als auch der Anteil der Staatsausgaben am BIP sind in den letzten Jahren gesunken – nicht zuletzt im Bildungswesen ist dies deutlich spürbar. Ohne einen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel ist also keine Rettung zu erwarten.

Privater Konsum – Tendenz nach oben?

Bleibt also der private Konsum – der immerhin größte Bereich des BIP. Der private Konsum jedoch hängt im Wesentlichen von der Entwicklung der Löhne und Gehälter ab – und genau hier liegt einiges im Argen. Höhere Löhne können den Aufschwung wieder ankurbeln – und die Wirtschaft wachsen lassen. Eigentlich ist dies eine banale Einsicht, wenn man kreislauftheoretisch denkt und argumentiert. Denn Unternehmen können nur dann Profite erwirtschaften, wenn sie ihre Produkte auch absetzen. Und diejenigen, die diese Produkte kaufen können, sind die Beschäftigten der gleichen Unternehmen. Das heißt:

Schwäche der Konsumnachfrage

Reale Veränderung des BIP und der Nachfragekomponenten



Quelle: Statistisches Bundesamt; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose April 2008

deutlich nach oben; mittlerweile wird der Zuwachs aber schon wieder deutlich schwächer (Prognose für 2008: 2,6 Prozent) (vgl. Abbildung). Die Investitionen der letzten Jahre sind überwiegend Ersatzinvestitionen und in weit geringerem Maße Erweiterungsinvestitionen. Warum sollten Unternehmen auch auf einen wachsenden Markt in

Lohndumping, sondern muss über bessere Produkte, besseren Service etc. ausgetragen werden.

Nicht zu vergessen ist dabei: Auch wenn höhere Löhne der wirtschaftlichen Aktivität nicht scha-

den, sondern diese in der heutigen Situation sogar anstoßen – die höheren Löhne müssen erstritten werden. Im Grunde ist das der Streit um einen möglichst großen Teil vom Kuchen. Ein wesentliches Er-

gebnis dieser Auseinandersetzung ist aber, dass es nicht nur um die Aufteilung des Kuchens geht – die erreichte Aufteilung ist von ganz entscheidender Bedeutung für die gesamte Wirtschaft. Nur wenn

Löhne und Gewinne

Wenn Unternehmen ihre Produktion ausweiten, wenn Unternehmen Gewinne machen, wenn Unternehmen Innovationen tätigen – kurzum: wenn Unternehmen erfolgreich sind, beteiligen sie mit einer Erhöhung von Löhnen und Gehältern auch die Beschäftigten am Erfolg des Unternehmens.

Für die gesamte Volkswirtschaft weist das statistische Bundesamt ein „Volkseinkommen“ aus, das sich aus den Arbeitnehmerentgelten und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt. Anhand dieser beiden Größen kann man erkennen, wie das Ergebnis der wirtschaftlichen Aktivitäten aufgeteilt wird. Im Jahr 2000 beispielsweise betrug der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen (die Lohnquote) 72,2 Prozent und der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (die Gewinnquote) dementsprechend 27,8 Prozent. Seitdem ist das Volkseinkommen um rund 300 Milliarden Euro gewachsen. Wie aber ist dieser Zuwachs verteilt worden?

Diese Verteilung ist zunächst einmal immer (!) mit Konflikten verbunden. Wer wie viel bekommt, das hängt in erster Linie von den Tarifauseinandersetzungen ab.

Wie hoch eine Lohnsteigerung ausfallen muss, damit sich an der Verteilung (bspw. 72,2 zu 27,8 Prozent) nichts ändert, lässt sich einfach bestimmen. Ganz nach Lehrbuch kann dieser verteilungsneutrale Zuwachs als Summe von Produktivitätsfortschritt und Inflationsrate berechnet werden. Steigt die Arbeitsproduktivität beispielsweise um zwei Prozent und liegt die Inflationsrate bei 2,5 Prozent, müssten Löhne und Gehälter

um 4,5 Prozent steigen, damit sich an der Verteilung (72,2 zu 27,8) nichts ändert. Steigen die Löhne um mehr als 4,5 Prozent, wird der Anteil der Löhne am Volkseinkommen (die Lohnquote) anwachsen. Steigen die Löhne um weniger als 4,5 Prozent, sinkt der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen: Die Gewinnquote steigt.

Genau das ist in den letzten Jahren passiert: Betrug die Lohnquote 2000 noch 72,2 Prozent, kam sie 2007 auf nur noch 64,2 Prozent. Die Gewinnquote stieg entsprechend auf 35,8 Prozent!

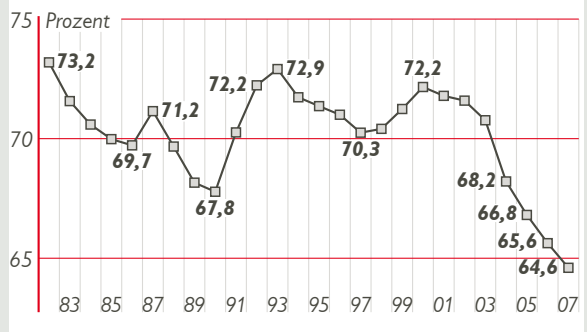
Neu ist, dass die Lohnquote auch im Aufschwung nicht gestiegen ist – ganz anders als im letzten Aufschwung 1998–2001. Vom seit 2000 gewachsenen Volkseinkommen in Höhe von rund 300 Milliarden Euro erhielten die Empfängerinnen und Empfänger von Löhnen und Gehältern gerade mal 80 Milliarden Euro; die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen um 220 Milliarden Euro (und rund 50 Prozent des gesamten Vermögens liegen bei den zehn Prozent der Reichsten). Wenn die Verteilung sich nicht verändert hätte, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer also weiterhin 72,2 Prozent bekämen, hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rund 135 Milliarden Euro mehr erhalten – und könnten diese wiederum in den Konsum stecken und so die Wirtschaft ankurbeln. (Die Vermögenden geben einen viel kleineren Teil für ihren Konsum aus.)

In diesem Jahr wurden einige sehr erfreuliche Tarifabschlüsse getätigt. Nicht zuletzt die Lohnerhöhung von rund vier Prozent beim Bund und in

den Kommunen wird in diesem Jahr ihr Scherflein zum Wachstum beitragen. Doch das genügt auf keinen Fall, denn immer weniger Beschäftigte in Deutschland erhalten noch Tariflöhne. Für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft aber gilt: Ohne ein „Anspringen“ des privaten (und staatlichen) Konsums wird es kein Wirtschaftswachstum geben. Dass die Löhne und damit die Masseneinkommen steigen, ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

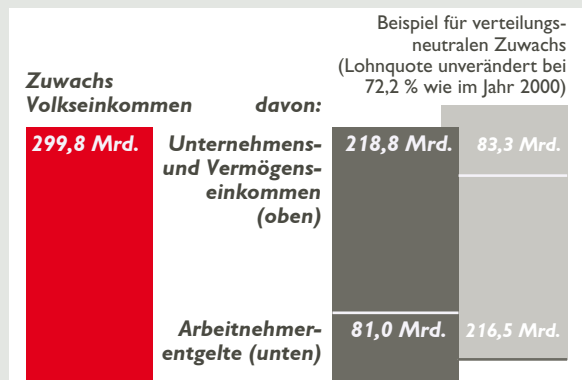
Entwicklung der Lohnquote

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftl. Gesamtrechnung

Verteilung des Volkseinkommens 2000 – 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

»Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sieht Deutschland in eine Rezession abrutschen, wenn kein grundsätzliches Umdenken stattfindet. [...] «Es gab quantitative Zuwächse, aber ihre Qualität spottet jeder Beschreibung», sagte Heinz-Josef Bontrup. So sei die Arbeitslosigkeit 2007 gegenüber dem Vorjahr zwar gesunken, dafür bezögen mehr als ein Fünftel aller Erwerbstätigen Niedriglohn.«Bei dieser Beschäftigungsart steht Deutschland an der kontinentaleuropäischen Spitze», sagte Karl-Georg Zinn.

Bontrup warnte vor zu kurzfristiger Betrachtung: »Kapitalismus hat Zyklen wie Ebbe und Flut, aber die Aufschwünge werden schwächer.« Die deutsche Konjunktur verlasse sich zu sehr auf Exporte. Sie seien in Gefahr, wenn es in den USA, dem zweitgrößten Handelspartner Deutschlands, durch die Finanzkrise zu einer Rezession komme. In Deutschland ist so eine Entwicklung nach Ansicht der Arbeitsgruppe nur durch eine starke Binnennachfrage aufzuhalten. 2007 ist diese dem Memorandum zufolge jedoch zum dritten Mal seit 2001 gesunken. Als Gründe nannte Zinn den stetigen Rückgang der Lohnquote. In diesem Zusammenhang sprechen die Wissenschaftler von einem *Oberschichtenproblem*: Während der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Deutschland im Jahr 1982 noch 73,2 Prozent betrug, lag er 2007 bei 64,6 Prozent.

»Wäre das ein Versuch im Labor, hätte ihn jeder Wissenschaftler längst abgebrochen«, sagte Bontrup. Die Verfasser des Memorandums fordern einen Mindestlohn von 1500 Euro monatlich sowie eine Arbeitszeitverkürzung. Weiterhin verlangen sie eine Anhebung des Spitzen- und Körperschaftsteuersatzes und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer.«

Der Tagesspiegel, 29. April 2008

die Beschäftigten angemessen am Erfolg der Gesamtwirtschaft beteiligt werden, stärkt das die weitere wirtschaftliche Entwicklung. In der heutigen Situation gilt: Nur wenn der private Konsum ansteigt, wird die „Nachfrage“ steigen und werden die Unternehmen mehr „anbieten“. Das senkt die Arbeitslosigkeit weit stärker als die derzeit verfolgte Exportorientierung.

Öffentlicher Dienst

Wie erwähnt, ist es angesichts der vorherrschenden Wirtschaftsdoktrin derzeit eher unwahrscheinlich, dass der Staat mehr Geld ausgeben wird. Die Staatsausgaben steigen zwar in manchen Jahren, wie auch die Gesamtwirtschaft. Insgesamt

ist der Anteil der staatlichen Ausgaben am BIP jedoch rückläufig – von 19,3 Prozent im Jahr 1999 auf 18 Prozent im Jahr 2007 (vgl. Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). Die wirtschaftliche Doktrin von der Überlegenheit des Privaten zeigt – trotz des Desasters auf dem Arbeitsmarkt – ihre Wirkung, und der staatliche Anteil an der Wirtschaftsleistung geht zurück.

Wenn aber die private Wirtschaft in so vielen Bereichen versagt und nicht genügend Arbeitsplätze schafft, dann kann und muss der Staat korrigierend eingreifen. Eine Maßnahme ist die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Bedarf für staatliche Ausgaben gibt es reichlich – z.B. in der Infrastruktur (Sanierung des Abwassernetzes), der Ökologie (Luftreinhaltung, Waldsterben), der Bildungs- und Sozialpolitik (Ausbau und Instandhaltung z.B. von Schulen, Verbesserung der Klassengrößen, Kinderbetreuung), Gesundheit und der Kultur. Dabei muss der Ausbau der öffentlichen Beschäftigung zu angemessenen Löhnen und Arbeitsbedingungen erfolgen und nicht in Form von Ein-Euro-Jobs.

Dass die Lohnquote in den letzten Jahren gesunken ist, liegt auch an den nur geringfügig gestiegenen Löhnen im öffentlichen Dienst. Gerade hier kann die Einsicht in volkswirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion haben. Es geht eben nicht um eine willkürliche Steigerung der Gehälter im öffentlichen Dienst, sondern um den Anschluss an die Entwicklung in der privaten Wirtschaft. Das dient nicht nur der Zufriedenheit, Leistungsbereitschaft und Verbesserung der Lebensbedingungen der Beschäftigten, sondern darüber hinaus dem gesamten privaten Konsum. Auch für den Staat – seien es die Kommunen, die Länder oder der Bund als Arbeitgeber – sind die zu zahlenden Löhne und Gehälter Kosten. Aber er steht nicht wie die

Unternehmen unter dem Druck der Gewinnmaximierung durch (Lohn-) Kostensenkung. Was der Staat an Gehältern zahlen kann, wird allenfalls durch seine Einnahmen beschränkt. Und die kann er zunächst einmal über seine Steuerpolitik selber gestalten. Das von IG Metall, ver.di, attac und der Memorandum-Gruppe entwickelte Konzept einer „Solidarischen Einfachsteuer“ zeigt, welche Möglichkeiten bestehen (vgl. Transparent 1/07).

Dass es in der Steuerpolitik Spielraum gibt, zeigt auch der Blick über die Grenzen – die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland ist international eher gering (mit weiter sinkender Tendenz). Statt also zu jammern, dass höhere Löhne im öffentlichen Dienst zu steigenden Gebühren und Abgaben führten, sollte die Steuerpolitik solidarisch gestaltet werden – das nützt letztlich der gesamten Wirtschaft.

Fazit: Vollbeschäftigung ist möglich

Durch eine solidarische Wirtschaftspolitik wird die Wirtschaft weiter wachsen können. Eine vernünftige Lohnpolitik – auch im öffentlichen Dienst – hat einen entscheidenden Anteil. Ergänzt durch eine solidarische Steuerpolitik, die Einführung von Mindestlöhnen, Arbeitszeitverkürzungen und den Ausbau öffentlicher Beschäftigung lässt sich Vollbeschäftigung erreichen.

Impressum

Herausgeber:
GEW – Gewerkschaft
 Erziehung und Wissenschaft
 Hauptvorstand
 Ulf Rödde (v.i.S.d.P.)

Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt
www.gew.de/bildungsfinanzierung.html
 verantwortlich: Ulrich Thöne

Redaktion: Gunter Quaißer
 Gestaltung: SAFRAN WORKS, Frankfurt
 Bildnachweis: www.istockphoto.com

Juni 2008

